

**Niederschrift zur Sitzung des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden am 14. Sept. 2010,
18:30 Uhr, im Justiz- und Verwaltungszentrum, Konradiner Allee 11, 65189 Wiesbaden,
Tagungsraum „Neroberg“, 3. OG.**

Teilnehmer:

Vorsitz:

Herr Oberbürgermeister Jens Beutel, Mainz

Mitglieder oder Vertreter:

Herr Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller, Wiesbaden

Herr Wolfgang Nickel, Stadtverordnetenvorsteher, Wiesbaden

Frau Renate Freund, Stadtverordnete, Wiesbaden

Herr Claus-Peter Große, Stadtverordneter, Wiesbaden

Herr Karsten Koch, Stadtverordneter, Wiesbaden

Herr Peter Reitz, Stadtverordneter, Wiesbaden

Herr Rainer Schuster, Stadtrat, Wiesbaden

Herr Ansgar Helm-Becker, Mitglied des Stadtrats, Mainz

Herr Dr. Walter Konrad, Mitglied des Stadtrats, Mainz

Herr Dr. Claudius Moseler, Mitglied des Stadtrats, Mainz

Herr Gerd Schreiner, MdL, Mitglied des Stadtrats, Mainz

Herr Gerhard Walter-Bornmann, Mitglied des Stadtrats, Mainz

Verwaltung

Herr Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös, Stadtrat, Wiesbaden

Frau Rose-Lore Schulz, Stadträtin, Wiesbaden

Frau Rita Thies, Stadträtin, Wiesbaden

Frau Marianne Grosse, Beigeordnete, Stadt Mainz

Herr Wolfgang Reichel, Beigeordneter, Stadt Mainz

Herr Franz Ringhoffer, Beigeordneter, Stadt Mainz

Herr Karl-Herbert Müller, Ortsvorsteher Mainz-Kostheim, Wiesbaden

Frau Maike Soultana, Ortsvorsteherin Mainz-Amöneburg, Wiesbaden

Herr Stephan Bock, Stadtverwaltung Wiesbaden

Herr Torsten Brune, Stadtverwaltung Wiesbaden

Herr Sven Clasen, Stadtverwaltung Wiesbaden

Frau Ilka Gilbert-Rolke, Stadtverwaltung Wiesbaden

Herr Ralf Jäger, Stadtverwaltung Wiesbaden

Herr Andreas Kowol, Stadtverwaltung Wiesbaden

Frau Heike Zieren-Heese, Stadtverwaltung Wiesbaden

Frau Petra Henkel, Stadtverwaltung Mainz

Herr Dr. Stephan Kerbeck, Stadtverwaltung Mainz

Horst Maus, Stadtverwaltung Mainz

Herr Thomas Pensel, Stadtverwaltung Mainz

Herr Günther Pfeiffer, Stadtverwaltung Mainz

Herr Hans Schiller, Schriftführer, Stadtverwaltung Mainz

TOP 1: Sachstandsbericht zur Schulentwicklung (hier: insbesondere Aufnahme von Schülern aus AKK in Mainz)

Herr Oberbürgermeister Beutel und Frau Henkel informieren ergänzend zur Vorlage zu TOP 1 über die hessischen Schülerzahlen an Mainzer Schulen. Demnach sind im aktuellen Schuljahr 106 Schüler aus Hessen an Mainzer Schulen aufgenommen worden, davon 27 Schüler aus den AKK-Gemeinden. Am Rhabanus-Maurus-Gymnasium gibt es eine „hessische“ Klasse, die in diesem Jahr mangels Anmeldezahlen nicht gebildet wurde. Insgesamt seien im Schuljahr 2009/2010 2183 hessische Schüler in alle Mainzer Schulen gegangen. In den staatlichen Schulen seien es 1452 gewesen. Herr Oberbürgermeister Beutel weist darauf hin, dass die Schüleraufnahme von den Schulen im Zusammenwirken mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier geregelt wird, nicht vom Schulträger Stadt Mainz. Umgekehrt würden 27 Mainzer Schüler in Wiesbaden zur Schule gehen. Herr Oberbürgermeister Dr. Müller erwähnt, dass Wiesbaden insgesamt 5000 Schuleinpendler habe und der Schülerzug von Wiesbaden nach Mainz auch dem guten Ruf der katholischen Schulen geschuldet sei. Frau Stadträtin Scholz informiert über die Terminierung eines Gesprächs mit Herrn Beigeordneten Merkator über die aktuelle Entwicklung. Herr Stadtrat Schuster bittet um Informationen über die Gesprächsergebnisse, wegen der Bedeutsamkeit für die AKK-Gemeinden.

TOP 2 : Sachstand Energiepolitik

a) Informationen über das geplante Biomasse-Kraftwerk in Wiesbaden, Mainz-Kastel

Frau Stadträtin Thies informiert über die technischen Eckwerte des geplanten Biomasse-Kraftwerks im Dyckerhof-Steinbruch in Mainz-Amöneburg. Herr Beigeordneter Reichel weist auf die laufenden Abstimmungsgespräche zwischen den Städten hinsichtlich der erneuerbaren Energien hin. Er regt eine breite Bürgerbeteiligung z.B. auch in Form eines Beirates an. Auf Rückfrage von Herrn Dr. Moseler erläutert Frau Stadträtin Thies, dass die Verbrennung der verschiedenen Brennstoff- bzw. schadstoffklassen so gesteuert wird, dass die entsprechenden Emissionen immer unter dem gesetzlichen Grenzwert bleiben. Herr Helm-Becker gibt die Sorgen der Mainz-Mombacher Bevölkerung vor zuviel Immissionsbelastung wieder, die die regenerativen Energien insgesamt in ein schlechtes Licht rücken könnte. Er schlägt eine verstärkte Informationsarbeit vor. Herr Oberbürgermeister Dr. Müller und Herr Beigeordneter Reichel avisieren ein Informationsgespräch durch die ESWE in Mainz-Mombach, zu dem sie einladen.

b) Vorstellung des Erneuerbaren Energien Konzepts Mainz

Herr Penseel stellt den Sachstand der Erarbeitung des Erneuerbaren Energien Konzepts für Mainz vor (siehe Anlage). Demnach seien theoretisch 60% des Strombedarfs in Mainz über regenerative Energien zu decken. Die realistische Quote von 20-30% würde ebenfalls einen großen Sprung bedeuten. Auf Rückfrage von Herrn Ortsvorsteher Müller stellt er klar, dass die Stromerzeugung auf Wiesbadener Stadtgebiet, mithin auch nicht das Wasserkraftwerk in Mainz-Kostheim in den dargestellten Zahlen enthalten sei.

Herr Beigeordneter Reichel regt an, bei der Realisierung des Potentials auch neue Wege zu suchen und zeigt auf das Beispiel eines Renditebriefs auf Photovoltaikanlagen der Sparkasse Mainz, der in kurzer Zeit gezeichnet gewesen sei. Frau Stadträtin Thies nennt mit Bezug auf das Solarkataster Wiesbaden ein

regeneratives Energienpotential von 70% für möglich. Sie berichtet von den Ergebnissen der Bürgersolaranlagen und des Solarfonds, der in Wiesbaden aufgelegt worden sei. Sie schlägt vor, diese nach Mainz auszudehnen. Im Übrigen würde Wiesbaden in den östlichen Stadtteilen die Möglichkeiten der Tiefengeothermie prüfen. Das Windkraftpotential sei in Wiesbaden niedrig.

c) **Zukunft Kohlekraftwerk**

Herr Oberbürgermeister Beutel erklärt, dass der politische Wille für ein Kohlekraftwerk nicht vorhanden sei und deshalb die KMW den sog. Plan B zur Umsetzung vorbereiten, was zu gegebener Zeit entsprechend verlautbart würde. Auf Rückfrage von Herrn Dr. Konrad erklärt er, dass die noch laufenden Gerichtsverfahren unnötig seien, weil die politischen Beschlüsse längst gefallen sind.

TOP 3: NO₂-Belastung durch Verkehr (hier: Sachstand zur möglichen Ausweisung einer Umweltzone in Mainz)

Herr Beigeordneter Reichel informiert über die Absicht, die aufgrund der Grenzwertüberschreitungen bei der Stickoxidbelastung notwendig gewordene Ausweisung einer Umweltzone gemeinsam für Wiesbaden und Mainz anzugehen, damit z.B. Handwerksfirmen nur eine Ausnahmegenehmigung beantragen müssten. Herr Jahns stellt den Aktionsplan Luftreinhaltung vor (siehe Anlage 1 zu TOP 3) und berichtet, dass die Umweltzonen eine Maßnahme des Maßnahmebündels dieses Aktionsplans sei. Eine zeitgleiche Einführung der Umweltzonen in den beiden Städten, für die ein gemeinsames Gutachten zur Wirksamkeit und optimalen Ausdehnung beauftragt worden ist, sei empfehlenswert, sie sollten an die bewährten Regelungen in Frankfurt/Main anknüpfen. Er weist auf das Projekt fotokatalytischer Gehwegplatten in Erfurt hin, mit denen eine Verringerung der Stickoxidbelastung um 20% gelang. Auf Nachfrage von Frau Ortsvorsteherin Sultana erläutert er, dass die Steigerung der Belastung in den letzten Jahren möglicherweise auf meteorologische Einflüsse zurückzuführen sei, dieses aber durch das Gutachten geklärt werden müsse.

Herr Kowol ergänzt mit seinem Vortrag (siehe Anlage 2 zu TOP 3) um den Sachstand in Wiesbaden.

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Beutel erklärt Frau Stadträtin Thies, dass der Start abhängig von den Gremienbeschlüssen im Laufe des nächsten Jahres erfolgen könne. Herr Oberbürgermeister Dr. Müller wirft ein, dass die Umweltzone der Rahmen für ein Bündel von Maßnahmen sei. Herr Helm-Becker fragt nach der Sinnhaftigkeit der vorgesehenen Ausnahmeregelungen.

TOP 4: Sachstand zum Ausbau der A 643 und der Schiersteiner Autobahnbrücke

Herr Prof. Pös trägt vor, dass im Spätherbst mit der zweiten Offenlage der Planfeststellungsunterlagen zu rechnen sei. Diese sei wegen offenkundiger Fehler bei der Lärmberechnung in Bezug auf die Anzahl der Betroffenen und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen erforderlich geworden. Die Stadt Wiesbaden dränge auf einen aktiven Lärmschutz. Herr Brune weist auf den engen Zeitrahmen der öffentlichen Auslegung hin. Herr Dr. Moseler empfiehlt eine enge Abstimmung der Städte.

TOP 5: Sachstand Fluglärmentwicklung

Herr Beigeordneter Reichel verweist auf die diametral entgegengesetzten Betroffenheiten und Interessenlagen der beiden Städte, von der nur die AKK-Gemeinden ausgenommen seien und die zukünftig zunehmende Belastung des südlichen Stadtgebiets von Mainz.

TOP 6: Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsförderung

Herr Beigeordneter Ringhoffer erläutert den Grundsatz der Wirtschaftsförderung, wonach gemeinsame Interessen im überregionalen Marketing verfolgt werden, ohne den lokalen Wettbewerb zwischen den Gemeinden zu beschränken. Auf der diesjährigen EXPO-REAL würden die Rhein-Main-Städte gemeinsam in der Rhein-Main-Straße der Metropolarena auftreten. Herr Clasen berichtet vom Kompetenznetz Logistik, das im Rahmen der Regionalkonferenz Rhein-Main eingerichtet worden sei und wirbt für den Beitritt von Mainz zur Rhein-Main-Wirtschaftsförderungs-GmbH.

TOP 7: Kooperationen im kulturellen Bereich (insbesondere Staatstheater)

Frau Stadträtin Thies und Frau Beigeordnete Grosse berichten von der offenen, kooperationswilligen und zukunftsorientierten Gesprächsatmosphäre zwischen den Kulturdezernaten, in der das Ausweitungspotential der Zusammenarbeit der kulturellen Institutionen, Veranstaltungen und Programme untersucht werde.

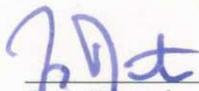
TOP 8 a: Sachstand Sporthalle TV Kostheim

Herr Maus erläutert den Sachstand. Nach einem schwierigen Verfahren seien nun die Voraussetzungen für einen Baubeginn gegeben, der zum 1. Juli 2011 avisiert sei.

TOP 8 b: Gemeinsame Bewerbung Special Olympics

Herr Oberbürgermeister Beutel erklärt, dass die Stadt Mainz eine Teilnahme an der Bewerbung ablehnen müsse, weil eine damit verbundene freiwillige Haushaltsleistung von rd. 1 Mio. Euro aufgrund der Haushaltssituation undenkbar sei. Herr Oberbürgermeister Dr. Müller erwidert, dass die Stadt Wiesbaden die notwendigen Infrastrukturanforderungen für diese Veranstaltung nur zusammen mit Mainz erfüllen könne und deshalb eine Bewerbung für Wiesbaden nur mit Mainz oder gar nicht möglich sei.

Mainz, ⁰⁷ Oktober 2010



Jens Beutel
Oberbürgermeister
Vorsitzender



Schiller
Schriftführer

Anlagen